

Auf dem rechten Auge blind ?

Von der Begünstigung des Rechtsradikalismus durch Justiz und
Polizei in Bayern.

Eine Chronik der Jahre 1990 - 1993

Kurzfassung

Aktionsbündnis gegen den Sicherheitsstaat
München

Auf dem rechten Auge blind ?

- Ein Schwarzbuch -

herausgegeben vom Aktionsbündnis gegen den
Sicherheitsstaat, München

28 Seiten **Fakten - Fälle - Informationen**
zum ungleichen Verhalten von Justiz, Polizei
und Verfassungsschutz gegenüber dem Terrorismus
von rechts und links.

Zu beziehen gegen Voreinsendung von 5 Mark
in Briefmarken bei:
Fraktion der SPD oder Fraktion DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag,
Maximilianeum, 81627 München.

Aktionsbündnis gegen den Sicherheitsstaat, München

*SPD Bayern - Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag - Bündnis 90/DIE
GRÜNEN Bayern - Fraktion DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag -
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen - Landes-
arbeitsgemeinschaft Rechtspolitik Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bayern -
HUMANISTISCHE UNION Landesverband Bayern - Neue Richtervereinigung
Landesverband Bayern - Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten - Initiative
Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger.*

Verantwortlich in Sinne des Pressegesetzes:

Wolfgang Killinger, c/o HUMANISTISCHE UNION;

Bräuhausstraße 2, 80331 München. Eigendruck im Selbstverlag.

Die unterschätzte Gefahr von rechts.

Das Bundeskriminalamt registrierte vom 1. Januar 1991 bis zum 31. März 1993 als "fremdenfeindlich motivierte Straftaten" 10 vollendete Tötungen, 29 versuchte Tötungen, 953 Körperverletzungen, 1002 Brandanschläge, 13 Sprengstoffanschläge und weitere 8096 fremdenfeindliche Straftaten. Insgesamt: 10 101 Straftaten. Noch schlimmer die Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz: Demnach wurden allein in den 18 Monaten von 1992 bis Mitte 1993 in Deutschland 22 Menschen von Rechtsextremen getötet.

Hoyerswerda im September 1991:

Über eine Woche lang Randalen gegen Ausländer. Junge Neonazis schleudern Steine und Brandsätze gegen Ausländerwohnungen, angefeuert von "Ausländer raus"- Rufen von Hunderten von Schaulustigen und Anwohnern. Polizeikräfte greifen erst viel zu spät ein.

Rostock Ende August 1992:

Etwa 800 jugendliche Randalierer greifen ein mit 200 Personen belegtes Asylbewerberheim mit Steinen, Molotowcocktails und Feuerwerkskörpern an und liefern sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei. Diese hatte Mühe, über acht Angreifer hinaus weitere Rowdies in der Menge sympathisierender Schaulustiger festzunehmen. Die Bilanz: 13 Beamte wurden verletzt, zwei Streifenwagen gingen in Flammen auf.

Mölln 22. November 1992:

Neonazis zünden nachts das Haus einer türkischen Familie an. Eine Frau und zwei Kinder verbrennen. Am Telefon grüßen die Täter: "Heil Hitler".

Solingen 29. Mai 1993:

Ein von Türken bewohntes Haus wird von Rechtsradikalen in Brand gesetzt. Zwei türkische Frauen und drei Kinder kommen in den Flammen um.

Diese Daten stehen für eine Entwicklung, die Deutschland und die Welt alarmierte. Und Justiz und Polizei ?

Rechts wegsehen - links durchgreifen ?

Zwei Beispiele, die zeigen, daß etwas schief läuft bei Polizei und Justiz in Bayern:

München 3. Oktober 1992:

An einer Demonstration gegen den Rechtsradikalismus nimmt ein junger Kurde teil, der ein Transparent trägt, das unmißverständlich gegen den Rechtsradikalismus gerichtet ist. Es zeigte ein an einem Galgen aufgehängtes Hakenkreuz und trug in türkisch die Aufschrift: "Wer Leben und Freiheit anderer angreift, verliert seine Ehre".

Der Kurde wurde von Polizeibeamten aus dem Demonstrationszug geholt, festgenommen und zehn Stunden im Polizeipräsidium festgehalten. Die Staatsschutzabteilung der Münchner Kriminalpolizei eröffnete gegen ihn ein Verfahren wegen des Verdachtes der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Nach den Gerichtsentscheidungen des Bundesgerichtshofs ist ein solches Ermittlungsverfahren rechtlich völlig unhaltbar.

Dennoch: Der Anwalt des Kurden bemüht sich bis heute vergeblich, eine Einstellung des Verfahrens bei der Münchner Staatsanwaltschaft zu erreichen.

München 6. Oktober 1990:

Ein deutscher Monteur verlangte auf der Polizeiwache des Oktoberfestes, daß gegen Wiesn-Besucher vorgegangen wird, die sich mit "Heil Hitler"- und "Ausländer raus"- Gebrülle hervorgetan hatten. Er trug auf seiner Jacke einen Anstecker, der eine Faust zeigte, die ein Hakenkreuz zerbricht und die Aufschrift: "Gegen Nazis".

Er wurde auf der Wache festgenommen, weil er damit selbst nationalsozialistisches Gedankengut verbreite. Bei einem daraufhin entstandenen Gerangel wurde er erheblich verletzt.

Er wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt. Der Richter hielt die Festnahme unter dem absurden Vorwand für rechtmäßig.

Wie sich die Bilder gleichen - Weimar

Der Heidelberger Mathematiker Emil Julius Gumbel veröffentlichte Anfang der zwanziger Jahre die Untersuchung "Vier Jahre politischer Mord", in der er die seit Januar 1919 von rechts und links verübten politischen Morde und die jeweiligen Reaktionen der Justiz zusammenstellte.

Das erschütternde Ergebnis:

22 Morden von links standen 332 Morde von rechts gegenüber, das ist das Fünfzehnfache.

Die 22 Morde von links wurden insgesamt geahndet mit 10 Erschießungen, 248 Jahren und 9 Monaten Einsperrung und 3 lebenslänglichen Zuchthausstrafen.

Die 332 Morde von rechts wurden insgesamt geahndet mit 90 Jahren und 2 Monaten Einsperrung, einer lebenslänglichen Haftstrafe und 730 Mark Geldstrafe.

Das macht bei den Morden von links neben Erschießungen eine durchschnittliche Bestrafung mit 15 Jahren Haft pro Mord.

Das macht bei den Morden von rechts durchschnittlich 4 Monate Haft pro Mord.

Selten hat eine nüchterne Statistik die Existenz politischer Justiz so deutlich werden lassen. Otto Kirchheimer brachte dies mit folgenden Worten auf den Punkt: "Von Anfang an war die Mehrzahl der Richter eifrig beflissen, der Regierung in ihrem Kampf gegen Feinde von links Beistand zu leisten; von Anfang an weigerte sie sich aber systematisch, gegen politische Delinquenten auf der Rechten vorzugehen."

Das Phänomen rechtsgerichteter Parteilichkeit in Deutschland ist zäh. Auch wenn es in der Bundesrepublik heute subtiler daherkommt und sich auch widersprüchlicher durchsetzt, als in der ersten deutschen Republik.

...und die Bundesrepublik Deutschland.

In den achtziger Jahren (1980 - 1989) gab es, neben über 700 rechtsterroristischen Gewalttaten, wie Sprengstoff und Brandanschlägen, Raubüberfällen und Körperverletzungen, insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen. Das sind dreieinhalb mal so viele Todesopfer, wie sie im selben Zeitraum von "Linksterroristen" verursacht wurden.

Der Verfassungsschutzbericht 1991 des Bundesinnenministeriums stellt eine Eskalation der "Gewaltakte mit rechtsextremistischem Hintergrund" fest. 1991 wurden 1 483 Gewalttaten von rechts registriert. Für den gleichen Zeitraum werden 797 Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund aufgeführt. Das entspricht in etwa der Hälfte der rechtsextremistischen Gewalttaten.

Diese Zahlen zeigen, daß das Phänomen "Rechtsterrorismus" in der Bundesrepublik nicht nur existent ist, sondern bereits in den achtziger Jahren eine Intensität erreicht hatte, die mit ihren tödlichen Auswirkungen die des Linksterrorismus um ein Vielfaches übertraf. Dies gilt ebenso für die Zahl der Opfer von zum Teil schweren Körperverletzungen.

Dennoch steht für den ehemaligen Generalbundesanwalt von Stahl der größte Feind der inneren Sicherheit links. Von Stahl im Februar 1993 wörtlich: "Auf eine Gewalttat der Rechten kommen drei der Linken".

Eine deutliche Sprache sprechen auch folgende Vergleichszahlen der eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Eine Untersuchung der strafjustitiellen Behandlung in den Jahren 1980 bis 1989 hat ergeben: Es wurden fast 25 mal mehr Ermittlungsverfahren in Sachen Linksterrorismus eingeleitet als in Sachen Rechtsterrorismus. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen rechts wegen des Verdachts der Bildung terroristischer Vereinigungen nimmt im Lauf der achtziger Jahre ständig ab und tendiert seit 1986 gegen null. Ganz im Gegensatz dazu befinden sich rechtsextremistische Gewaltaktivitäten in einem Aufwärtstrend.